

Stand: 28.07.2026 00:51:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/343

"Steuerhindernisse für vermietete Werkwohnungen abbauen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/343 vom 13.02.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1487 des HA vom 14.03.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1608 vom 10.04.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 10.04.2019



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganterer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krah, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Steuerhindernisse für vermietete Werkswohnungen abbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über den Stand und die steuerlichen Aspekte der Vermietung von Wohnraum von Unternehmen und Organisationen an ihre Arbeitnehmer zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie hat sich die Zahl von Werksmietwohnungen oder anderen Formen von Wohnraum für Beschäftigte entwickelt?
- Wie viele Werkswohnungen werden derzeit in Bayern vermietet?
- In wie vielen Fällen und in welcher Größenordnung müssen Beschäftigte geldwerte Vorteile aus den Mietverhältnissen versteuern?
- Wie kann die Zurverfügungstellung von Werkswohnungen grundsätzlich besser gefördert werden?
- Plant die Staatsregierung, sich auf Bundesebene für eine steuerliche Verbesserung bei der Vermietung von Wohnraum durch Arbeitgeber einzusetzen?
- Welche Modelle, beispielsweise eine Pauschalbesteuerung oder ein Freibetrag, kommen dabei aus Sicht der Staatsregierung in Betracht?

Begründung:

Die Bereitstellung von Wohnraum, insbesondere von preisgünstigem Wohnraum, ist bei der Suche von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Unternehmen ein deutlicher Vorteil. Der Vorteil kann aber schnell relativiert werden, wenn die Begünstigten die niedrige Miete über eine höhere Einkommensteuerbelastung wieder ausgleichen müssen.

Denn eine zu große Differenz zwischen der Miete für eine Werkswohnung und der ortsüblichen Miete wird steuerlich als geldwerter Vorteil gesehen.

Das Modell der vermieteten Werkswohnungen ist daher weder für Unternehmen noch für Beschäftigte besonders attraktiv. Es könnte aber ein Weg sein, das Wohnungsangebot zu erhöhen, wenn Unternehmen dazu bereit sind, Wohnraum nach diesem Modell zu schaffen und zu vermieten.

Es sollte daher ein steuerlicher Kompromiss gesucht werden, der auf der einen Seite Anreize zur Schaffung von Wohnraum für Beschäftigte schafft und auf der anderen Seite aber kein Steuerschlupfloch schafft.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/343**

Steuerhindernisse für vermietete Werkwohnungen abbauen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Tim Pargent**
Mitberichterstatter: **Gerald Pittner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 14. März 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krah, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/343, 18/1487

Steuerhindernisse für vermietete Werkwohnungen abbauen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über den Stand und die steuerlichen Aspekte der Vermietung von Wohnraum von Unternehmen und Organisationen an ihre Arbeitnehmer zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie hat sich die Zahl von Werksmietwohnungen oder anderen Formen von Wohnraum für Beschäftigte entwickelt?
- Wie viele Werkwohnungen werden derzeit in Bayern vermietet?
- In wie vielen Fällen und in welcher Größenordnung müssen Beschäftigte geldwerte Vorteile aus den Mietverhältnissen versteuern?
- Wie kann die Zurverfügungstellung von Werkwohnungen grundsätzlich besser gefördert werden?
- Plant die Staatsregierung, sich auf Bundesebene für eine steuerliche Verbesserung bei der Vermietung von Wohnraum durch Arbeitgeber einzusetzen?
- Welche Modelle, beispielsweise eine Pauschalbesteuerung oder ein Freibetrag, kommen dabei aus Sicht der Staatsregierung in Betracht?

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, weil wir eine Abstimmung haben. Wir stimmen über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge ab, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die AfD, die SPD und die FDP. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten. – Sie sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich die Beratung der Dringlichkeitsanträge aufrufe, gebe ich Ihnen bekannt, dass die Fraktionen übereingekommen sind, beim letzten Tagesordnungspunkt – das ist der Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Natascha Kohnen, Florian von Brunn und anderer (SPD) betreffend "Endlich Rechtssicherheit für Mieterinnen und Mieter – Bayerische Mieterschutzverordnung sofort neu erlassen!" auf Drucksache 18/319 – auf eine Aussprache zu verzichten. Damit wird der Antrag nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen. Es wird ohne Aussprache darüber abgestimmt.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden
Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt
wurden (Tagesordnungspunkt 4)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 (Vf. 4-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist,
 2. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 145) geändert worden ist,
 3. des Unterlassens des Gesetzgebers, allen Bürgern, die aufgrund ihrer Behinderung das Stimm-/Wahlrecht nicht ausüben können, dies mit Hilfe eines gesetzlichen Vertreters zu ermöglichen, wenn es ihrem Willen nicht widerspricht

PII/G-1310.19-0003
Drs. 18/1541 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist unzulässig.
- III. Der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit ist hinsichtlich Ziffern 1 und 2 im Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 begründet, hinsichtlich Ziffer 3 ist der Antrag unzulässig.

IV. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐ ENTH	☐ ENTH

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. März 2019 (Vf. 2-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Festsetzungen 1 bis 11 der Gestaltungssatzung für den Markt Oberstdorf

PII-G1310.19-0001
Drs. 18/1488 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration.

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

[illegible]

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. März 2019 (Vf. 3-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Außenbereichssatzung „Kronacker“ der Gemeinde Hohenlinden vom 3. Juli 2018

PII-G1310.19-0002
Drs. 18/1489 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

[illegible]

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Ausbau von Gaskraftwerken in Bayern
Drs. 18/273, 18/1491 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

[illegible]

5. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u. a. SPD
Medienkompetenz an Bayerns Schulen systematisch vermitteln
Drs. 18/291, 18/1483 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

6. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. SPD
Schneekanonen- und Lift-Offensive am Riedberger Horn: Naturnaher Tourismus oder Skischaukel light durch die Hintertür?
Drs. 18/320, 18/1544 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuerhindernisse für vermietete Werkswohnungen abbauen
Drs. 18/343, 18/1487 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

[illegible]

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sprachtests für Mediziner evaluieren
Drs. 18/362, 18/1485 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

[illegible]

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold,
Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Grundschulabitur endlich abschaffen – Übertrittsverfahren neu regeln
Drs. 18/381, 18/1484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte zentralisieren
Drs. 18/382, 18/1486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☐	☒

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Arif Taşdelen,
Stefan Schuster u. a. SPD
Lkw-Parken in Wohngebieten
Drs. 18/389, 18/1547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

12. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl,
Diana Stachowitz u. a. SPD
„Crowdworker“ in Bayern
Drs. 18/445, 18/1490 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

[illegible]

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr in der Region Regensburg
Drs. 18/446, 18/1546 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mietpreisbremse endlich rechtssicher machen!
Drs. 18/452, 18/1301 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu den Missbrauchsvorfällen an der Hochschule für Musik und Theater München
Drs. 18/456, 18/933 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐